

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Jürgen Trittin, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Verantwortlichkeiten für die Zustände im Endlager Asse II benennen und Konsequenzen für die Endlagersuche ziehen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Der Statusbericht zu den Zuständen im Forschungsendlager Asse II hat unsere schlimmsten Vermutungen noch übertroffen. Obwohl als Forschungsendlager konzipiert, wurden in das ehemalige Bergwerk Asse II zwischen 1967 und 1978 125 787 Fässer mit leicht- und mittelradioaktivem Atommüll unterschiedlicher Herkunft verbracht. Bereits vor der ersten Einlagerung drang Salzlauge von außen in das Bergwerk. Befragungen ehemaliger Mitarbeiter ergaben nun, dass ein Teil der Atommüllfässer in feuchte Kammern eingelagert wurde. Damit steht fest, dass Asse II niemals als Lager, weder als Versuchs- noch als Endlager für atomare Abfälle, hätte Verwendung finden dürfen.

Durch Akteneinsicht und parlamentarische Befragungen im Niedersächsischen Landtag musste der Betreiber des Atommülllagers, das Helmholtz Zentrum München, nun zugeben, dass Teile der eindringenden Lauge radioaktiv verseucht sind. Cäsium 137 ist mehrfach festgestellt worden, die Strahlenwerte lagen um bis zum 9-fachen über dem zulässigen Grenzwert. Anstatt die kontaminierte Lauge entsprechend der Strahlenschutzverordnung ordnungsgemäß zu entsorgen, wurde sie in die tiefste Ebene des ehemaligen Bergwerks gepumpt. Die Rückholung ist nach Auskunft des Betreibers nicht möglich. Die Gefahrensituation verschärft sich zusätzlich, da nach heutigem Wissen die Standfestigkeit des Bergwerks nicht mehr auf Dauer sichergestellt ist.

Darüber hinaus befindet sich offenbar auch hochradioaktives Plutonium unter den Abfällen; die Angaben über seine Menge differieren zwischen neun und 27 Kilogramm. Die Liste der radioaktiven Stoffe ist lang; Uran und Strontium sind ebenso darunter wie Radium und Thorium.

Über die Hälfte des eingelagerten Atommülls – was die Radioaktivität betrifft sogar 89 Prozent – stammen aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK). Die Vermutung liegt nahe, auch auf Grund des damaligen Drängens des Kernforschungszentrums Karlsruhe auf schnelle Inbetriebnahme des Lagers Asse II als Forschungsstandort, dass Energieversorgungsunternehmen (EVU) über den Umweg WAK die Asse II zur billigen Entsorgung genutzt haben.

Rechtliche Grundlage für die Verbringung der kontaminierten Laugen sollten Sonderbetriebspläne sein, die zum Teil erst Monate nach Beginn der Arbeiten bei den niedersächsischen Behörden eingereicht wurden.

Niemand informierte die Öffentlichkeit über mögliche Gefahren. Im Gegenteil: Die Betreiber ebenso wie das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz bekräftigten auf mehrfachen Nachfragen stets, dass keine Gefahren von den Atomabfällen in der Asse II ausgehen.

Fachkundige Bewertungen im Rahmen des von uns angeregten Optionenvergleichs haben ergeben, dass unter Annahme ungünstiger Bedingungen bereits in 150 Jahren Radioaktivität aus dem Endlager entweichen könnte, wenn am Schließungskonzept des Betreibers festgehalten würde. Danach könnten Radionuklide ins Grundwasser gelangen und zu weitreichenden Kontaminationen führen.

Es ist offensichtlich, dass die im vergangenen Jahr getroffene Vereinbarung zwischen dem formal zuständigen Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über den vollständigen Austausch von Informationen und Daten nicht eingehalten worden ist. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Sigmar Gabriel konnte somit seiner Zusage aus dem vergangenen Jahr an die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages nicht Folge leisten, wonach alle geplanten und durchzuführenden Maßnahmen im Forschungsendlager Asse II nur noch nach atomrechtlichen Maßgaben vorgenommen und vorab durch die Fachleute seines Hauses geprüft und bewertet werden. Die Schlussfolgerung, die Asse II in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu übernehmen, war überfällig.

Nun muss es darum gehen, größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung und die Umwelt herzustellen und alle Möglichkeiten zu prüfen, die Atomabfälle aus dem „Unsicherheitslager“ Asse II zu bergen und an anderer Stelle sicher endzulagern.

Das politische Gebot der Stunde heißt: alle Verantwortlichen benennen und politische Konsequenzen ziehen. Asse II sollte der Prototyp für ein Endlager in Gorleben sein. Die ständigen Wasserzuflüsse, die sich ihren Weg durch das Steinsalz suchen, machen deutlich, dass Salzformationen nicht grundsätzlich die günstigsten Bedingungen für die Atommüllendlagerung bieten. Eine ergebnisoffene Suche, die die verschiedenen verfügbaren Wirtsgesteine miteinander vergleicht, ist mehr denn je zwingend geboten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle nötigen Schritte einzuleiten, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, die die radioaktive Kontamination verheimlicht und entgegen den atomrechtlichen und strahlenschutzrechtlichen Vorgaben gehandelt haben;
2. alle Vorkehrungen zu treffen, die die Standfestigkeit des Bergwerks verbessern können, um die umfassende Rückholung der Atommüllfässer zu ermöglichen;
3. eine rechtliche Grundlage zu schaffen, auf der die EVU, die von der billigen Endlagerung des Atommülls profitiert haben, finanziell an der Sanierung der Asse II beteiligt werden können;
4. Lehren aus dem „Forschungsansatz“ Asse II zu ziehen, Alternativen zum Wirtsgestein Salz aufzuzeigen und endlich eine ergebnisoffene, vergleichende Standortsuche einzuleiten.

Berlin, den 24. September 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**